

Eine aktuelle Kleine Anfrage (Bundesdrucksache 20/6083) befasst sich in insgesamt 27 Fragen mit den Aufklärungsbemühungen zum Terroranschlag auf eines der teuersten Infrastrukturprojekte Europas. Die Antwort der Bundesregierung erfolgte am 19. April und liegt den NachDenkSeiten vor. Bei vielen Fragen weicht die Bundesregierung aus oder verweist auf „Geheimhaltungsinteressen“, etwa, was vorliegende Radaraufzeichnungen oder die Rolle der USA und Polens angeht. Doch bei einem Punkt wird die Bundesregierung deutlich: Behauptungen des CDU-Außenpolitikers Roderich Kiesewetter bei einer Bundestagsrede zur Rolle Russlands hätten keine faktische Grundlage. Anders formuliert: Der führende Außenpolitik-„Experte“ der CDU hat im Bundestag Fake News zu Nord Stream und der Rolle der Russischen Föderation verbreitet. Von **Florian Warweg**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230424\\_Antwort\\_der\\_Bundesregierung\\_um\\_Stand\\_der\\_Nord\\_Stream\\_Ermittlungen\\_ueberfuehrt\\_CDU\\_Aussenpolitiker\\_Kiesewetter\\_der\\_Luege\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230424_Antwort_der_Bundesregierung_um_Stand_der_Nord_Stream_Ermittlungen_ueberfuehrt_CDU_Aussenpolitiker_Kiesewetter_der_Luege_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

„Ich frage mich: Wem nützt es denn, wenn so ein Anschlag auf kritische Infrastruktur wie Nord Stream stattfindet, eine Leitung erstaunlicherweise übrig bleibt und dann das Land, das das Gas sendet, über mehrere Tage mit Hochdruck Gas durch diese Leitungen sendet? Doch nicht, um die Spuren zu konservieren, sondern, um die Spuren zu verwischen!“

So der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vize-Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Roderich Kiesewetter, in einer [Rede vor dem Bundestag am 10. Februar 2023](#):

**Roderich Kiesewetter**

(A) Sicherheitsstrategie und das, was Kollege Fiedler eben ansprach, ein Sicherheitsgefühl, eine Sicherheitskultur zu schaffen.

Der Angriffskrieg geht von Russland aus. Ich frage nicht, ob der Autor, der da vorhin zitiert wurde, recht hat; ich frage: Wem nützt es? Ich möchte auf den Artikel auch nicht weiter eingehen, weil dieser Autor sehr klar keine Quelle benennt

(Tino Chrupalla [AfD]: Ich habe doch gar keinen Autor erwähnt!)

und auch seinen Aufsatz nicht veröffentlichen konnte und ihn deshalb selber in den Raum stellte. Deswegen ist es sehr gut, dass bei uns die Stärke des Rechts gilt, nämlich ein Generalbundesanwalt, der die Ermittlungen führt und dazu das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und viele andere Kräfte einsetzt.

Ich frage mich: Wem nützt es denn, wenn so ein Anschlag auf kritische Infrastruktur wie Nord Stream stattfindet, eine Leitung erstaunlicherweise übrig bleibt und dann das Land, das das Gas sendet, über mehrere Tage mit Hochdruck Gas durch diese Leitungen sendet? Doch nicht, um die Spuren zu konservieren, sondern, um die Spuren zu verwischen!

darüber nachgedacht wird, dies den Betreibern oder den Bundesländern aufzulasten. Nein, der Bund hat es forciert, und es ist Aufgabe des Bundes, diese kritische Infrastruktur auch zu schützen. Dafür werden wir als Union uns auch intensiv einsetzen.

Der dritte Aspekt ist, dass wir unsere Nachrichtendienste dazu stärken müssen.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Ja!)

Wir investieren sehr viel Kraft und Geld in die Kontrolle der Nachrichtendienste. Wir müssen aber auch sehr viel Geld und Kraft in die Leistungsfähigkeit unserer Dienste investieren.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Die meisten kommen aus dem Ausland!)

Wir brauchen, liebe Koalition, keine Überwachungsgesamtrechnung. Unsere Bevölkerung braucht eine Bedrohungsgesamtrechnung.

(Konstantin Kuhle [FDP]: Beides!)

Und im Rahmen dieser Bedrohungsgesamtrechnung können wir dann auch einen Bezug zu einem aufgewerteten Bundessicherheitsrat, zur Nationalen Sicherheitsstrategie und anderem herstellen.

Die Kleine Anfrage (KA) unter dem Titel „Anhaltende Ungewissheit über die Aufnahme und die Frühphase der Ermittlungen der Anschläge auf die Nord-Stream-Leitungen“, initiiert vom Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt (AfD), nimmt die Aussage des CDU-Spitzenpolitikers zum Anlass, die Bundesregierung zu fragen, ob sie diese Behauptung so bestätigen kann. Die Antwort der Bundesregierung fällt, im Gegensatz zu den meisten anderen Antworten auf die KA, deutlich aus. Der Bundesregierung lägen keinerlei diesbezügliche Informationen vor, der letzte nachweisliche „Entry von sehr geringen Gasmengen“ sei am 31. August erfolgt, also rund einen Monat vor dem Sabotageakt.

15. *Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung oder ihr nachgeordneter Behörden die Information zu, Russland habe auch nach der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines noch „über mehrere Tage mit Hochdruck Gas durch diese Leitungen“ geschickt (Plenarprotokoll 20/86, S. 10327)?*

Der Bundesregierung liegen keine Informationen dazu vor, dass nach der Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines noch Gas durch diese Pipelines geschickt wurde. Der letzte Entry von sehr geringen Gasmengen in das deutsche Gasnetz aus der Nord-Stream-1-Pipeline ist entsprechend der Transparenzplattform des Verbands Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSO-G) am 31. August 2022 zu verzeichnen.

Diese Antwort der Bundesregierung hat es in sich. Sie negiert umfassend die Behauptungen Kiesewetters im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ im Bundestag zum Thema „Anschläge auf deutsche und europäische Infrastruktur aufklären und abwehren“. Das ist keine Kleinigkeit. Dank der Antwort der Bundesregierung wissen wir jetzt, dass seine Ausführungen, Russland habe nach den Anschlägen „mit Hochdruck Gas durch diese Leitungen“ geschickt, „um die Spuren zu verwischen“, keinerlei reale Grundlage hatten. Der führende CDU-Außenpolitiker, welcher derzeit völlig unkritisch durch die Talkshows und Politik-Seiten der sogenannten Leitmedien gereicht wird, hat nachweislich und in hetzerischer Absicht vom Redepult des Bundestages Lügen und wilde Verschwörungstheorien zu Nord Stream und der Russischen Föderation verbreitet. Und so jemand steht dann auch noch als Vize-Chef dem Parlamentarischen Kontrollgremium vor. Bundestagsabgeordnete haben schon für weit geringere Fehltritte ihr Mandat niederlegen müssen.

Leserbriefe zu diesem Beitrag [finden Sie hier](#).

Titelbild: Screenshot, Deutscher Bundestag, [youtube.com/watch?v=g6a34IElqMo](https://www.youtube.com/watch?v=g6a34IElqMo)

### **Mehr zum Thema:**

[Nord Stream als Kriegsgrund](#)

[Nordstream-Sprengung als Geburtstagsgeschenk für ukrainischen Oligarchen? Die neuste „Theorie“ im Mainstream](#)

[Wer verübte Nord-Stream-Anschlag? Bundesregierung mauert noch immer und verweist auf „Geheimhaltungsinteresse“](#)

